

Fragestunde des Bayerischen Landtags am 08.03.2006

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Simone Tolle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Nachdem das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen am 18. Januar 2006 eine Fachtagung zum Thema `Bayern gegen häusliche Gewalt` durchgeführt hat, frage ich die Staatsregierung, welche Ergebnisse diese Tagung erbracht hat, welche Forderungen in den 4 Foren erarbeitet wurden und welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderungen plant.“

Antwort der Frau Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens:

Ergebnisse der Fachtagung:

Die Fachtagung `Bayern gegen häusliche Gewalt` diente der **Fachinformation für verschiedene Berufsgruppen**, die in Fällen häuslicher Gewalt involviert sind, und bot eine **Plattform zum bayernweiten Austausch**. Es nahmen knapp 400 Teilnehmer aus den Bereichen Frauenhäuser, Notrufe für misshandelte Frauen und Mädchen, sonstige Fachberatungsstellen (z.B. Weißer Ring), Polizei, Familiengericht, Staatsanwaltschaft, Jugendämter, Gleichstellungsbeauftragte, Gesundheit und der Anwaltschaft aus ganz Bayern teil. Im Vordergrund standen **Informationen zur erfolgreichen Kooperation der verschiedenen Berufs-**

gruppen sowie zum Kindeswohl im Kontext häuslicher Gewalt und zum Gewaltschutzgesetz.

Von Seiten des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde auf der Fachtagung die **Handreichung zur `Beratung und Kooperation im Kontext von häuslicher Gewalt und Nachstellungen`** der Fachöffentlichkeit vorgestellt und an die Teilnehmer verteilt. Sie richtet sich an die Fachberatung wie an kooperierende Professionen und enthält zahlreiche Informationen zur inhaltlichen Gestaltung der Beratung von Gewaltopfern, zum gesetzlichen Rahmen oder zur Arbeit in `Bündnissen gegen häusliche Gewalt`. Die Handreichung wurde vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) im Auftrag des StMAS erstellt.

Die **Arbeitsforen** boten eine hervorragende Möglichkeit, schon bestehende Kooperationsprojekte im Sinne von **best-practice-Beispielen** vorzustellen und sich hierüber auszutauschen. Vorgestellt wurden z.B. Projekte zur Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Beratungsstellen, wie das `Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt – MUM` (Arbeitsforum 2).

Insgesamt hat die Tagung gezeigt, dass die **Bekämpfung häuslicher Gewalt**, die Unterstützung von Beratungs- und Hilfeangeboten für die Opfer häuslicher Gewalt sowie die Vernetzung und Kooperation aller mit dieser Problematik befassten Stellen **weiterhin als eine gesellschaftspolitische Schwerpunktaufgabe** gesehen werden muss. Derzeit erfolgt die weitere **Auswertung der Ergebnisse** der Fachtagung und es wird eine **Tagungsdokumentation** erstellt.

Forderungen der Arbeitsforen:

Nicht in allen Foren wurden Forderungen erhoben. Zumeist wurden weitere Fachthemen vorgestellt und diskutiert.

- a) Es gab **konkrete Empfehlungen an die Staatsregierung** durch die Teilnehmer des Arbeitsforums, das sich mit dem `Gesundheitssektor als Kooperationspartner` beschäftigte. Sie sprachen sich für eine stärkere Implementierung des Themas `häusliche Gewalt` in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärzten aus.
- b) **Weiterhin wurde gefordert**, die Internetseite www.gewaltschutz.bayern.de um Aspekte der gesundheitlichen Folgen von Gewalt und ihrer medizinischen sowie psychotherapeutischen Behandlung zu erweitern.

Maßnahmen der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderungen:

Das StMAS wird in Zusammenarbeit mit den betroffenen Staatsministerien die Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Empfehlungen und Forderungen prüfen. Sie sollen dazu in der Arbeitsgruppe `Koordinierte Krisenintervention` (bestehend aus Vertretern des StMAS [FF], StMI, StMJ, StMUGV, LAG der Bayer. Gleichstellungsbeauftragten, LAG der Freien Wohlfahrtspflege, ifb) aufgegriffen werden.